



Von- und miteinander lernen: Die Zeichen stehen auf Bildung, im „Wissenschaftspark“ (links) wie an der Westfälischen Hochschule.



Foto: ©riekephotos/shutterstock.com

> vor allem von Sozialdemokraten den Vorwurf gefallen lassen: „Du redest unsere Stadt schlecht.“

Dass er mit seinem Befund über die Schleifspuren des Strukturwandels im ehemaligen Revier der Nation Recht behalten sollte, stimmt den studierten Geographen nicht fröhlich. Immerhin ist nun, wenn auch verspätet, in Berlin die Einsicht gereift, dass eine Strukturförderung „nach Himmelsrichtung“ nicht taugt und von den im Grundgesetz verlangten „gleichwertigen Lebensverhältnissen“ auch im Westen der Republik viele Regionen nur träumen können.

Natürlich ist in Gelsenkirchen nicht alles schlecht. Der im September nach 16 Amtsjahren ausscheidende Oberbürgermeister Frank Baranowski (SPD) weist darauf hin, dass „seit zehn Jahren pro Jahr mehr als 1000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze“ neu geschaffen wurden, vor allem im Dienstleistungssektor.

land“ vom Sommer 2019, dass in der Stadt „von Aufbruchstimmung kaum die Rede sein“ könne. Vielmehr herrschten „Unzufriedenheit“ und „Pessimismus“, den Verantwortlichen fehle es „an Ideen und Offenheit für Veränderungen“. Gravierende Sozialprobleme verschlechtern das Image Gelsenskirchens, das sich schwer tut mit einem Anteil von 21,7 Prozent zugewanderter Einwohner und über 20 Prozent muslimischen Gläubigen.

Die Kosten für Flüchtlinge, Eingliederungshilfen und Unterkünfte lasten auf der Stadtkasse. Ein Sonderproblem bilden die etwa 7500 bulgarischen und rumänischen EU-Staatsbürger, überwiegend Angehörige von Sinti und Roma, die es – aus welchen Gründen auch immer – nach Gelsenkirchen gezogen hat. Sie haben, nach den Richtlinien der Europäischen Union, bereits nach einem halben Jahr Anspruch auf Sozialleistungen, was sich für die oft kinderreichen Familien auszahlt. Meist hausen die „Gastarbeiter“ mit acht oder zehn Personen auf engstem Raum, in heruntergekommenen Häusern, in deren Umgebung Müllhalde und Lärmbelastung wachsen. Baranowski wandte sich vor kurzem mit einem verzweifelten Hilferuf an den Bund: Im Kampf gegen die „Schrottimmobilen“ und deren dubiose Eigentümer, die für verwaahlte Wohnungen unverschämte Mieten kassieren, müsse der Gesetzgeber in Berlin endlich eingreifen.

Dass die sozialen Probleme politische Folgen haben, kann nicht verwundern. Bei der Bundestagswahl 2017 kam die AfD in der ehemaligen roten Hochburg auf 17 Prozent, viele frühere Stammwähler glauben nicht mehr an die Integrationsstrategie der SPD. Eine „Gefahr für die Demokratie“ sieht Armin Schäfer vom Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in einem Teufelskreis: „Je ärmer ein Stadtteil ist, je höher die Arbeitslosenquote, desto geringer ist die Wahlbeteiligung.“ Mitunter liegt sie im Ruhrgebiet nur noch bei zehn Prozent.

Hoffnung setzten Gelsenkirchen und andere klamme Kommunen im alten Westen auf Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD), der gerade nach der Corona-Krise zu einer Entschuldung besonders betroffener Städte auf Kosten von Bund und Ländern bereit ist – zum Missfallen der Union sowie der Geberländer Bayern und Baden-Württemberg.

Nun bangt Joachim Poß, langjähriger Haushaltsexperte und Fraktionsvize der SPD im Bundestag, um seine Heimatstadt: „Das Wichtigste für Gelsenkirchen ist jetzt, dass sich im Gefolge der Pandemie der Entwicklungsrückstand gegenüber anderen Regionen nicht noch weiter vergrößert. Strukturschwache Städte brauchen dringend einen Rettungsschirm, zu dem auch eine Lösung bei den Altschulden gehört.“ Andernfalls sieht Poß die soziale Stabilität und finanzielle Zukunftsfähigkeit Gelsenskirchens in akuter Gefahr.

„Das Image ist ein Manko“

Die Bundestagsabgeordnete Irene Mihalic hält eine stärkere finanzielle Förderung Gelsenskirchens für sinnvoll. Vor allem aber fordert sie, der Stadt eine neue Identität zu verleihen.

Frau Mihalic, der Strukturwandel im Ruhrgebiet hat auch in Gelsenkirchen tiefe Spuren hinterlassen. Was haben die verantwortlichen Politiker – erst ein CDU-OB, dann ein Sozialdemokrat – in den letzten Jahrzehnten versäumt?

Irene Mihalic: Die Probleme Gelsenskirchens sind nicht nur hausgemacht. Der Strukturwandel und die damit verbundenen Ewigkeitsaufgaben können von der Stadt nicht allein bewältigt werden. Versäumt wurde aber eine Diskussion und Entscheidung darüber, mit welcher Identität Gelsenskirchen in der Metropole Ruhr bestehen will. Da gäbe es Potenzial für eine nach vorn gerichtete Neuorientierung. Sind wir Solar-, Bildungs- oder Kreativstadt? Welches Alleinstellungsmerkmal können wir herausstellen, das Unternehmen dazu animiert, sich bei uns anzusiedeln? Das Image der Stadt ist ein großes Manko, und ich sehe nicht, dass der Oberbürgermeister und die Wirtschaftsförderung wirklich an einer neuen Erzählung arbeiten.

Können Sie als ehemalige Polizeibeamtin Frauen und Kindern guten Gewissens empfehlen, sich überall in der Stadt sorglos zu bewegen?

Es gibt in Gelsenskirchen und im Ruhrgebiet, wie in jeder anderen Großstadt auch, Orte, die eine höhere Kriminalitätsbelastung aufweisen als andere. Trotz aller Probleme gibt es aber keinen Bereich, aus dem sich der Staat vollkommen zurückgezogen hat. Die Kriminalitätsentwicklung in Gelsenskirchen ist seit vielen Jahren positiv. Vor allem Gewaltdelikte sind, wie nahezu überall in Deutschland, rückläufig. Das Risiko, Opfer einer Gewaltstraftat zu werden, ist gerade für Frauen und Kinder in den eigenen vier Wänden deutlich höher als draußen auf der Straße. Das belegen wissenschaftliche Studien seit Jahren. Das heißt nicht, dass im öffentlichen Raum keine Straftaten begangen werden und sich niemand Sorgen machen muss, eventuell Opfer eines Gewaltdelikt zu werden. Aber das Risiko ist meist deutlich niedriger als wir glauben und in Gelsenskirchen jedenfalls nicht höher als an anderen Orten.

Der Solidarpakt läuft aus. Müssten Bund und Länder den bisherigen Ost-West-Ausgleich zwischen starken und schwachen Regionen nicht fortführen, aber unter veränderten Vorzeichen?

Investitionen in die örtlichen Strukturen sind dringend nötig.

Irene Mihalic
Bundestagsabgeordnete der Grünen

Dr. Irene Mihalic, 43, ist innenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die Kriminologin und ehemalige Polizeibeamtin aus Gelsenskirchen ist verheiratet, hat zwei Kinder und ist seit Oktober 2013 Mitglied des Bundestages. Foto: pr



FOTO: PR

Wir sind für eine Fortführung des Solidarpaktes. Allerdings wollen wir nicht nach Himmelsrichtungen fördern, sondern das Geld dort einsetzen, wo der größte Bedarf besteht. Gerade in Gelsenskirchen erkennt man, warum Investitionen in die örtlichen Strukturen auch im Westen dringend nötig sind.

Was halten Sie vom Vorschlag des Bundesfinanzministers, den besonders hoch belasteten Kommunen einen Teil ihrer Altschulden zu erlassen?

Dieser Vorschlag ist zumindest ein Schritt in die richtige Richtung. Wenn der Bund sich schon früher um die Altschulden der Kommunen gekümmert hätte, wären unsere Städte und Gemeinden in der jetzigen Krise in einer stärkeren Position. Da sich unsere Kommunen vornehmlich um Pflichtaufgaben kümmern müssen, die ihnen von Bundes- und Landesebene übertragen werden, sind Bund und Länder hier auch in der Pflicht. Der Spielraum für eine Entschuldung aus eigener Kraft ist sehr klein. Deshalb sollte der Bund verstärkt die Finanzierung von Pflichtaufgaben übernehmen und die Kommunen auch langfristig entlasten.

Kann der Bund außerdem noch etwas für strukturschwache Städte und Regionen tun, etwa in der Wirtschafts-, Sozial-, Wohnungsbau- und Integrationspolitik?

Ich erwarte, dass die Bundesregierung dem mit der Einrichtung eines Heimatministeriums verbundenen Anspruch gerecht wird und konkret etwas für gleichwertige Lebensverhältnisse tut. Leider hat die dazu eingerichtete Kommission hauptsächlich Prosa produziert. Wirtschaftspolitisch wird der Kohlekompass für das Ruhrgebiet eine neue Herausforderung, aber auch große Chance darstellen. Wir können schon jetzt die Weichen stellen und entscheiden, ob wir hier neue Brachen oder Orte für zukunftsfähige Produktion und Entwicklung schaffen. Dabei werden der weitere Verlauf der Energiewende und die Bedingungen für die Erzeugung erneuerbarer Energien in Deutschland eine entscheidende Rolle spielen.

Dr. Irene Mihalic, 43, ist innenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die Kriminologin und ehemalige Polizeibeamtin aus Gelsenskirchen ist verheiratet, hat zwei Kinder und ist seit Oktober 2013 Mitglied des Bundestages.



Man muss sich in die Perspektiven aller Beteiligten hineinversetzen.

Anika Duvének
Wissenschaftlerin

Die 1992 eröffnete Westfälische Hochschule mit Standorten in Gelsenskirchen, Bottrop und Recklinghausen sowie der 1995 auf dem Gelände eines ehemaligen Eisenwerks entstandene „Wissenschaftspark“ sorgen für Jobs und Ausgründungen. Das neue Technologiezentrum des Automobilzulieferers ZF aus Friedrichshafen lockt mit 400 gewerblichen Stellen und 200 in der Forschung. Aber im Wettbewerb mit München, Stuttgart oder Berlin um die Ansiedlung hochqualifizierter Beschäftigter landen die vormaligen Schwerindustriestädte weit abgeschlagen, wie eine Studie im Auftrag des Regionalverbands Ruhr jüngst zeigte.

Die chronische Geldknappheit Gelsenskirchens nagt nicht nur an städtischer Infrastruktur, kommunaler Wohnungsmodernisierung und attraktiven Freizeitangeboten, sondern auch am Selbstbewusstsein der Bürger. Das Berlin-Institut konstatierte im „Teilhabeatlas Deutsch-